

TURKEI-INFO

17.10.1970

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

18.10.

Türkischer Staatspräsident Besucht BRD

Heute zeigt die aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Demirel-Regierung antidemokratische Praktiken. Die Bürger dieser Scheindemokratie sind unter dem normalen Bildungsstand. Sie sind nicht in der Lage ihre Interessen durch die gegebene Möglichkeiten durchzusetzen. Die langen und breiten Wege der Bürokratie werden vom zentralistischen Staatsapparat entsprechend der Linie jeder Regierung beherrscht. Die Kluft zwischen dem untersten und obersten Bildungsstand, den Armen und Reichen bringt die Manipulation von Herrschenden und Korruption des Staates als ein untrennbarer Bestandteil des Systems mit sich. Es ist eine Tatsache, daß die dreißigjährige Parlamentär-Demokratie diese Kluft nicht überbrückt eher mehr vertieft hat. Das vorhandene wirtschaftliche Potential, das für die unabhängige Entwicklung der Türkei ausreicht, wird in unbekanntem Kanälen vergeudet. Die ausenpolitische Abhängigkeiten von NATO, CENTO u.s.w. blockieren die progressive Entwicklung im Lande entsprechend den Interessen der imperialistischen Staaten. Man ist zu einem Punkt gelangt, wo Kredite von den sozialistischen Nachbarländern wie Bulgarien erhalten werden. Die progressiven Kräfte im In- und Ausland dürfen die Unbewusste Masse über die Missstände, deren Ursachen und Beseitigungsmöglichkeiten nicht aufklären. Das würde Existenz der Herrschenden und ihrer Regierung gefährden. Eine solche Entwicklung muss also auf alle Fälle verhindert oder zumindest beherrscht werden. Deshalb lässt sich nicht vermeiden, den freiheitlich konzipierten Grundgesetz öfters umzugehen. Zwei faschistische Paragraphen des türkischen Strafbuches, die im Jahre 1936 aus dem italienischen Strafbuch wörtlich übersetzend übernommen wurden, bilden Stützen.

Weiterhin sind die Bürokratie, die Bereitschaftspolizei, Kommando-Truppen der Gendarmerie, indirekt mobilisierte zivile SA-Gruppen, die finanzierte Presse und antidemokratische Verordnungen der verlängerte Arm der Regierung. Folgende Ereignisse verdeutlichen die in der Türkei viel gepriesene und praktizierte Demokratie: -1962 beteiligte sich Sadi Alkilic an einem offenen Zeitungswettbewerb. Wegen seines gewinnenden Artikels "Der einzige Weg für die Befreiung des türkischen Volkes ist der Sozialismus" wurde er im Jahr 1963 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

-In letzten Jahren wurden 13 Studenten und eine Anzahl von Arbeitern ermordet. Die Täter der Studenten blieben unbekannt. Sie alle standen den Missständen dieses Regierungssystems kritisch gegenüber.

-1969 wurden neun türkischen Studenten aus politischen Gründen, die an den Westberliner Universitäten studieren, die zur Fortsetzung ihres Studiums notwendige Verlängerung ihrer Pässe verweigert, ihnen ihr Stipendium entzogen und die Devisen gesperrt. Kürzlich wurde dem sich unter diesen Studenten befindenden HAKKI KESKIN die Staatsangehörigkeit aberkannt. Er hatte zwei Jahre den Türkischen Studentendachverband in der BRD geleitet und war wegen seiner aufklärenden Arbeiten unter den Studenten und Arbeitern bekannt.

-Eine ähnliche Massnahme des türkischen Kabinetts sehen wir in dem Beschluß, aus politischen Gründen 6 iranische Studenten, die in Iran politisch verfolgt sind und zur Zeit in der Türkei studieren, an das Schah-Regime auszuliefern, dessen grausame Methoden der Verfolgung jeder freiheitlichen Opposition bekannt sind. Am 19.8.1970 entgegen einer Entscheidung des obersten türkischen Verwaltungsgerichtes wurde ein persischer Student der persischen Geheimpolizei SAVAK ausgeliefert.

Alles deutet dahin, dass die Türkei auf dem besten Wege zu einem zweiten NATO-Griechenland ist. Die Interessen der Inland-Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Verbündeten im Ausland müssen ja irgendwie gegenüber den aufwachenden Massen geschützt und gefestigt werden.

Zwei Paragraphen des türkischen Strafbuches, die wörtlich aus dem Italienischen im Jahr 1936 wörtlich übersetzend übernommen wurden:

Artikel 141, Abs. 1 StGB

Diejenigen, die auf irgend eine Art und Weise oder unter irgendeinem Namen versuchen, Vereinigungen zu gründen oder tatsächlich gründen, oder ihre Tätigkeiten ordnen oder leiten, oder beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, werden zu 8 bis 15 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Artikel 142, Abs. 1 StGB

Derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden Grundordnungen im Lande zu stürzen oder die politischen und rechtlichen Ordnungen total zu zerstören, wird zu 5 bis 10 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Verfassung Artikel 20

Jedermann besitzt Gedanken- und Oberzeugungsfreiheit; Jedermann kann allein oder in Gemeinschaft mit anderen seine Gedanken und seine Überzeugungen durch Wort, Schrift, Bild oder auf jedem anderen Wege öffentlich äussern und verbreiten. Niemand darf zur Ausserung seiner Gedanken und Überzeugungen gezwungen werden.

Verfassung Artikel 11, Abs. 2

Ein Gesetz darf ein Recht oder eine Freiheit in ihrem Kern nicht antasten, selbst nicht im Hinblick auf das öffentliche Wohl, die allgemeinen Sitten, die öffentliche Ordnung, die soziale Gerechtigkeit, die nationale Sicherheit oder aus ähnlichen Gründen.

Türken protestieren

(vgl. Eneue Hungerstreik wollen türkische Studenten und Arbeitnehmer in den Räumen des ASA der Darmstädter TH heute beginnen, um damit - angesichts des Besuchs des türkischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik - gegen Repressalien der türkischen Regierung im Inland und Ausland zu protestieren. In einer Erklärung der Türken werden Beispiele angeführt, nach denen "progressive" Studenten aus politischen Gründen Verfolgungen erleiden müßten.

Darmstädter Echo 17. Oktober 1970

ENTWICKLUNGSHILFE



türkei - ein entwicklungsland

Die Türkei hat ca. 34 Mio. Einwohner. Die anhand der Jahre 60-65 ermittelte Zuwachsrate beträgt 2,5%. Die Aufteilung der arbeitenden Bevölkerung in der Türkei:

	1955	1965
Industrie	9	12
Landwirtsch.	82	75
Dienstl.	9	13

Die Arbeitslosigkeit beträgt 2 Mio. gemeldete und 3,5 Mio. versteckte. Die Prozentsatz der Analphabeten beträgt 56%. Es besteht eine große Auswanderung der technisch geschulten Arbeitskräfte (Gasterbeiter, Ärzte, Ingenieure, usw.)

Die Ausbeutung der türkischen Wirtschaft durch das ausländische Kapital hat kürzlich die Türkei veranlaßt eine Abwertung von 66% vorzunehmen.

Die Türkei steckt in den Anfängen einer Industriellen Nation. Gerade die maßgebende Industriezweige werden von Ausländern beherrscht. Die ausländischen Investitionen orientieren sich nicht an den Bedürfnissen d. Türkei, sondern richten sich nach den Bereichen, die die höchsten Gewinne garantieren. Die in die Industrieländer transferierte Gewinne und die Abtragung der Schuldenlast durch die Türkei sorgen dafür daß die Höhe der Devisen, die ins Ausland fließen, die Höhe in die Türkei strömenden "Kredite" und Anleihen übersteigen.

Pro Kopf verschuldet man in der Türkei 4.000.-DM. Die Schulden werden immer mehr. Dafür sorgen die falsche Industrie (montage Industrie) und Bündnisse wie NATO und Cento. Allein NATO ist eine hohe Belastung für die Staatsfinanzen, weil die Türkei mit seiner 0,5 Mio. starken Armee (BRD 0,3 Mio.) 60 % seiner Etat für militärische Zwecke aufwenden muß. (32 % Eigenbeteiligung, Restamerikanische "Hilfe".)

Die Türkei braucht kein ausländisches Kapital um sich von seiner Misere zu befreien. Darunter gehören eine chronische Devisen Defizit, Hohe ausländische Schulden, Ausbeutung seiner Naturschätze wie Petroleum. Nach den Untersuchungen des Staatlichen Planungsamtes könnte die Industrieproduktion mit den vorhandenen Mitteln ohne ausl. Investitionen auf das doppelte bis dreifache erhöht werden. Bei einer rationalen Anlage des Staatsetats könnten jährlich 2,5-3,0 Mio. TL für Investitionen eingespart werden, die das ausl. Kapital überflüssig machen würde.

Ein Beispiel der Ausbeutung: Obwohl die Preise für Exportgüter der Entwicklungsländer teilweise gesunken sind, stiegen die Preise der Exportgüter der Industrieländer ständig an. Die Türkei hat nach Angaben des staatlichen Planungsamtes auf Grund dieser Diskrepanz während der Jahre 1951-64 Verluste in Höhe von 1,8 Milliarden Dollar erlitten.

Darmstädter Tageblatt 17. Oktober 1970

Studenten treten in den Hungerstreik

Für zwei Tage wollen von heute, Samstag, 10 Uhr, beim ASA der Technischen Hochschule Darmstadt die türkischen Studenten, mit denen sich u. a. auch der iranische und der arabische Studentenverein solidarisierten, in den Hungerstreik treten. Dieser Protest, dem sich mit Hungerstreiks und anderen Aktionen türkische Studenten in allen Ländern Europas anschließen, richtet sich gegen die türkische Regierung angesichts des Besuchs des türkischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik. Ursache für den Protest seien Repressalien der türkischen Regierung im In- und Ausland gegen progressive Kräfte. So seien im vergangenen Jahr neun türkische Studenten, die in Berlin studierten, die Verlängerung ihrer Pässe verweigert, die Stipendien entzogen und die Devisen gesperrt worden. Einem der Studenten, der zwei Jahre den Türkischen Studentenfachverband in der Bundesrepublik leitete, sei die Staatsangehörigkeit aberkannt worden. Die türkischen Studenten fordern u. a. daß der Entzug der Staatsangehörigkeit rückgängig gemacht und den Studenten die Fortsetzung ihres Studiums sowie ihre freie politische Betätigung garantiert wird.

Frankfurter Rundschau 17.10.1970 Samstag

Mit Bulldozer gegen Arbeiter

Blutige Demonstration in Istanbul / Ankara bürgert 49 Türken aus

ISTANBUL, 16. Oktober (UPI). Mindestens einen Toten und 57 Verletzte, haben am Donnerstag blutige Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Arbeitern einer Plastikfirma in Istanbul und Polizeieinheiten gefordert. Zwei Arbeiter gegen Polizeieinheiten zufolge mit lebensgefährlichen Verletzungen in einem Krankenhaus. Die Arbeiter, die das Krankenhaus besetzt hatten und demonstrieren, protestieren, daß ihre Arbeitgeber sie nicht bezahlt habe und einige Kollegen entlassen worden seien, empfinden die von der Betriebsleitung alarmierten Polizeieinheiten mit Kugeln, Steinen und Eisenblöcken. Gruppen von Arbeitern erschütterten im Verlauf der Auseinandersetzungen Polizeibeamte mit kochendem Wasser, die daraufhin mit einem Bulldozer eine Fabrikwand und das Haupteingangstor der Firma niederwalzten. Nach Angaben der Polizei befinden sich unter den Verletzten insgesamt 33 Polizisten. Etwa 250 Arbeiter wurden festgenommen.

gegenüber im Ausland lebende „unbequeme“ Leute fort. Wenige Tage vor dem Besuch des türkischen Staatspräsidenten Cevdet Sunay, der am Montag in Bonn erwartet wird, ist durch eine Nachrichtensendung des türkischen Rundfunks für türkische Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland bekanntgegeben worden, daß die türkische Regierung weiteren 49 im Ausland lebenden Türken die Staatsbürgerschaft entzogen habe. Die Gründe sind nach Angaben der Türkischen Studentenföderation in Deutschland e. V. bisher nicht genannt worden. Der erste Fall eines Entzugs der türkischen Staatsbürgerschaft betraf den ehemaligen Vorsitzenden der Föderation, Hakkı Keskin, der an der Freien Universität West-Berlin studiert.

FRANKFURT A. M. Die türkische Regierung setzt ihre drastischen Maßnahmen

BRD-IMPERIALISMUS und die TURKEI

Die ungeheure Nachkriegskonjunktur in der Bundesrepublik und der Prozeß der wissenschaftlichen Revolution schufen günstige Bedingungen für die Erzielung von Extraprofiten in der Metropole selbst und verlangsamen den Kapitalexporth in die Peripherie. Überdies erfolgte eine Verlagerung der Rohstoffförderung und der damit verbundenen infrastrukturellen Maßnahmen in politisch zuverlässigere Länder Griechenlands, Türkei, Spanien und Portugal.

Da aber die bundesrepublikanische Markt zu eng geworden ist, müssen die Konzerne einen relativ hohen Anteil für den Weltmarkt produzieren. Die Ausfuhren der BRD stiegen von 1950 bis 1968 von 8,4 auf 99,6 Mrd. DM an. Den wachsenden Exportüberschüssen der BRD seit 1965 stehen Handelsbilanzdefizite der anderen kapitalistischen Industrieländer gegenüber. Die hohen Steigerungsraten der Kapitalexporte sind aber keineswegs nur die formale Reaktion auf Devisenüberschüsse im Konjunkturverlauf, sondern dienen der Sicherung von Warenexporten unabhängig vom jeweiligen konjunkturellen Zyklus.

In dieser Hinsicht ist die Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung im Mai 1968 in ein neues Stadium getreten, das als "den Übergang von einer vorwiegend taktisch orientierten zu einer strategisch konzipierten Entwicklungspolitik" charakterisiert wird. Durch staatlichen Garantien und Bürgschaften für private Exportkredite, für Direktinvestitionen versucht sie die imperialistische Durchdringung der Dritten Welt zu begünstigen, Verwertungsbedingungen für das Privatkapital zu verbessern, die Aufnahmefähigkeit der Märkte für westdeutsche Waren zu erhöhen. Die neue Entwicklungsstrategie fördert gleichzeitig die ökonomische und politische Abhängigkeit der wenig entwickelten Länder und deren Unterordnung unter die machtpolitischen Interessen der BRD: sie zielt darauf ab, die Wahrnehmung gesamtimperialistischer Interessen stärker in den Diensten der eigenen Expansionsbedürfnisse zu stellen.

ZUM SOZIALEN

Es ist nicht erstaunlich, daß die deutsche Öffentlichkeit von den sozialen Mißständen und politischen Ereignissen in der Türkei kaum Notiz nimmt. Denn diese Öffentlichkeit duldet auch die faschistischen Diktaturen in Griechenland oder in Portugal. Wir staunen über das Schweigen oder über die ungenügende und manipulierten Informationen der deutschen Presse. Aus verschiedenen Anlässen, die Sie auf diesem Blatt lesen können, wollen wir Sie über die sozialen Mißstände in der Türkei informieren.

Die türkische Regierung, die sich auf ausbeutende Schichten im Innern des Landes und auf die imperialistischen ausländischen Mächte stützt, versucht zu verheimlichen,

- daß etwa 50% der schulpflichtigen Kinder und Erwachsenen noch Analphabeten sind,
- daß von 40000 Dörfern etwa 15 000 noch keine Volksschulen besitzen,
- daß 1969 wegen Überfüllung der Universitäten insgesamt 25-30 000 Abiturienten die Hochschulen nicht besuchen konnten (nach einer Untersuchung an dem Oto-Suhr-Institut),
- daß 2 Mill. angemeldete Arbeitslose 3,5 Mill. nicht angemeldete Arbeitslose sich im Lande aufhalten (Prof. Sadun Aren, Handbuch der Ökonomie)

Die Herrschaftsstruktur in der Türkei ist eine Anlage der Kapitalinvestitionen zugunsten der Gesamtbevölkerung verhindert, wird von den Regierenden gefördert. Dazu versucht die inländische Bourgeoisie in Kooperation mit dem ausländischen Finanzkapital die eigenen Gewinne auf Kosten der realen Bevölkerung zu maximieren - Die darunter leidenden Arbeiter und Bauern wohnen für einen Europäer unvorstellbaren Verhältnissen, ohne Licht, Heizung und sanitären Anlagen z.B. leben ein Drittel der Bevölkerung von Istanbul in sogenannten "Mushroom-housing" (Schlehdütten). (aus "Mämerlik" 1969/1 S. 18) ca. 1,- DM Tageslohn reicht nicht einmal dazu, die Familie zu ernähren

Nach der staatlichen "Kreditanstalt für Wiederaufbau" muss der Staat auf dem Gebiet der Infrastruktur als Wegbereiter für private Folgeinvestitionen fungieren. Auch die neuerdings vermehrt im gewerblichen Sektor der wenig entwickelten Länder vorgenommenen Investitionen erfolgen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Markterweiterung, da sie wie privaten und staatlichen Handels- und Exportkredite Kaufkraft schaffen und Warenexporte stimulieren, wobei nach offiziellen Angaben 80% der staatlichen Hilfe in Form von Aufträgen an die Industrie der BRD zurückfließen.

Eine von diesen Entwicklungsländern ist die Türkei. Sie ist durch militärische und wirtschaftliche Organisationen wie NATO, CENTO, OECD in den Einflußbereich der kapitalistischen Industriestaaten fest eingegliedert. Ab 1946, besonders seit 1950 wurde die starke Abhängigkeit von USA und später noch BRD getrieben. Wie bei anderen Entwicklungsländern hat man durch Montage-, Verpackungs- und den ähnlichen Betrieben auch in der Türkei eine Markterweiterung für die

Exportwaren geschaffen, die entgegen dem für ausländische Investitionen getriebenen Propaganda keine technologischen Neuerungen mit sich bringt, im Gegenteil den Fortschritt hemmt. Z.B. die den türkischen Markt beherrschenden Arzneimittelfirmen sind gar nichts anderes als die Betrieben, die den Stoff aus BRD verpacken und mit unverschämten hohen Preisen auf den Markt bringen. Ähnliche Beispiele sind bei allen n Gebieten der türkischen Industrie festzustellen. Die Bundesregierung hilft zur Weiterentwicklung der Unterentwicklung durch Garantien Bürgschaften etc. der direkten Privatinvestitionen, die neben der Erweiterung der Infrastruktur auf Konsumwarenproduktion erzielt sind. Hier sind noch einige Beispiele von westdeutschen Engagement in der Türkei: Mit einem Kredit von 40 Mill. Dollar der Bundesregierung an die Türkei beteiligen sich westdeutsche Firmen am Bau der Bosphorus-Brücke, die bei der großen Belastung der türkischen Wirtschaft keine wesentliche Vorteile bringt, wobei das Kredit mit der Beteiligung der westdeutschen Firmen gekoppelt ist. Die staatliche "Kreditanstalt für Wiederaufbau" gewährte der Türkei 1968 projektgebundene Darlehen von insgesamt 33,4 Mil. DM für die Finanzierung einiger Projekte die der Beschaffung von Straßenbaumaschinen, von Omnibussen, dem Bau von Erweiterung je einer Zementfabrik. Diese Beispiele kann man noch weiter erweitern. Schon hat die BRD den ersten Platz beim Außenhandel der Türkei, den USA besaßen, erobert. Die militärische Auslastung der Kapazitäten der USA durch das verbrecherische Engagement in Indochina hat die Folge, daß BRD sogar in traditionelle Interessensphären der USA und in die entstandenen Marktlücken einzudringen anfängt. Deshalb sind die letzten außenpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung leicht verständlich. In diesem Zusammenhang ist auch der Besuch des Staatspräsidenten in die BRD zu verstehen,

Die türkische Regierung beruft sich im Unterschied zu Griechenland und Portugal auf demokratisch aussehenden Wahlen. Sie behauptet, sie sei von dem türkischen Volk gewählt. Die Wahrheit ist, daß die Demokratie in der Türkei eine "Scheindemokratie" ist. In dieser Demokratie werden

- die unbequemen intellektuellen eingesperrt wenn sie im Ausland sind, wird ihnen die Staatsangehörigkeit aberkannt,
- die Gewerkschaften unterdrückt,
- in Lagern zivile SA-Truppen paramilitärisch ausgebildet, die vor den Augen der Polizei die fortschrittlichen Bürger angreifen,
- die progressiven Studenten von der Polizei in ihren Betten ermordet.

Wir rufen deshalb alle deutschen und ausländischen Kommilitonen, alle deutschen Bürger, die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte insbesondere auf, sich mit türkischen Studenten zu solidarisieren.



EINE ANALYSE

Die Diskussion, ob die Studenten sich politisch engagieren sollten oder nicht, führt sich immer in der breiten Masse fort, trotz USA Fischer in Det., trotz Abhängigkeit der Hochschulen der Türkei von ausl. und inl. Einflüssen, trotz der Unmöglichkeit einer neutralen Haltung der Universitäten gegenüber politischen Geschehnissen.

Diese Diskussion ist eigentlich für diejenigen, denen das ganze Prozedere der gesellschaftlichen Mißstände der Ausbeutung, Imperialismusbewußt sind, schon längst abgeschlossen. Die Rolle der Studenten innerhalb der Gesellschaft kann nicht mehr als Ausbildung zum Fachidioten und Sklaven des Kapitals angesehen werden. Die politische Tätigkeit der Studenten verstärkt sich von TAG zu TAG. Dabei wird die studentische Bewegung ein Teil des Kampfes gegen Unterdrückung, Ausbeutung, besonders in einem unterentwickelten Land wie die Türkei.

Was wollen die progressiven Studenten überhaupt?

- Politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei
- Befreiung des türkischen Volkes von imperialistischen Elementen und deren Lakaien und von dem feudalen Überbleibsel.
- Aufhebung der Ausbeutung und gerechtere Bezahlung der Leistung. (Ein Tabakhändler hat ein Tageslohn von 2850.- TL (700.- DM) und ein Tabakpflanzler von 8.- TL (2.- DM))
- Beseitigung der bestehenden Korruption und Bestechung im Staatsdienst.

Man muss ein Volk sein, das gegebenenfalls um seine Rechte und Unabhängigkeit zu verteidigen, gegen den vernichtenden Imperialismus und verschluckenden Kapitalismus als Ganzes kämpft.

Wer sind die türkischen Studenten in BRD?

Die türkische Studentenbewegung in BRD kann als ein Teil der gesamten türk. Studentenbewegung betrachtet werden. Es sind ca. 3000 türk. Studenten in BRD. Sie bestehen hauptsächlich aus 3 Gruppen von der Herkunft her.

- Hauptstämme sind die Söhne der Groß- und Mittelbourgeoisie die sich ein Studium mit Luxus leisten können.
- Zweite Gruppe besteht aus Stipendiaten, die gegen Bezahlung ihres Studiums von der privaten und staatlichen Firmen fast ihr halbes Leben verpflichtet werden sind.
- Rest sind aus verschiedenen Schichten, die ihr Studium selbst finanzieren.

Diese Einteilung ist notwendig, weil im Ausland eine starke Verteidigung der Kompradore Bourgeoisie zu sehen ist. Mit luxuriösen Wagen, dessen Fahrer ein türkischer Arbeiter fast sein Lebenlang sich ernähren konnte. Sie sind so daran gewöhnt, das ihre Väter alle ihre Schwierigkeiten überdienen und sogar die kritische Studenten mit Verordnungen bekämpfen, während sie sich bei Kartenspielen (z.B. in der Mensa-Cafe) grollieren. Die Macht Inhaber sind über das Aufklärungsarbeiten der türk. Studenten so besorgt, weil die Gasterbeiter, die das Proletariat 2. Klasse in BRD bilden, könnten später, wenn sie zurück sind ein dorn im Auge zu sein. Schon verkehren unter den Studenten Spitzel der Staatssicherheitsdienst.

Was sie vielleicht tun sollten ist, nicht mehr dieses Geschwätz der hoch entwickelten Industriestaaten von "Freiheit, Gleichheit, Liebe, Ehre und Vaterland", ohne weiteres anzunehmen. Dieses Geschwätz hat nämlich die daran gehindert rassistische Regeln zu halten und dagegen zu handeln. "Dreckiger Neger, Dreckiger Jude, Dreckiger Araber, Dreckiger Gasterbeiter, usw."

